

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

hier kommt mein Bericht von der Oktobersitzungswoche des Niedersächsischen Landtages. Vom 24. bis 26. Oktober hat das Plenum getagt. Neben dem Besuch eines Fernsehteams von Extra 3, das sich offenbar mit einem ironischen Beitrag über die Bestuhlung im neuen Landtagsgebäude lustig machen will, standen auch wichtige Dinge an. So ha-

ben wir zum Beispiel abschließend über das neue Jagdgesetz, eine Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes sowie über den barrierefreien Zugang zu den Webseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen beraten. Im Nachfolgenden berichte ich etwas intensiver über das Jagdgesetz, unsere Vorhaben für weniger Todesfälle im

Straßenverkehr und unseren Antrag zur Unterstützung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Ich wünsche eine informativ-anregende Lektüre!

Herzliche Grüße,
Ihr und Euer



VORWÄRTS NIEDERSACHSEN.



Auf der Tagesordnung:

u. a.

Neues Jagdgesetz

Sicherheit im Rad- und Fußverkehr

Förderung der digitalen Landwirtschaft

Neues Jagdgesetz

Am Mittwoch wurde abschließend über das neue Niedersächsische Jagdgesetz beraten. Das Gesetz wurde mehrheitlich beschlossen und lediglich von den Grünen und der FDP abgelehnt. Es tritt noch im Dezember dieses Jahres in Kraft. Kernanlass der Änderung ist der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in vielen osteuropäischen Staaten und die damit verbundene Gefahr einer Einschleppung nach Deutschland. Mit der Gesetzesänderung haben wir die Bejagung von Wildschweinen gelockert, um die Population präventiv zu reduzieren und im Fall des Seuchenausbruches schnellstmöglich die weitere Ausbreitung einschränken zu können. Nach Einschätzung des Friedrich-Löffler-Instituts droht ein Ausbruch der Seuche auch in Deutschland. Es besteht die Gefahr einer Infektion unserer hiesigen Wildschweinpopulation und der Übertragung auf die Hauschweinebestände. Gerade Regionen mit einer hohen Dichte an schweinehaltenden Betrieben sind bedroht. Mit den neuen Rahmenbedingungen wollen wir unsere Schweinehalter schützen. Weitere Neuerungen bringt das Gesetz für die Bejagung der Nutria mit

sich. Im Hinblick auf die massive Ausbreitung der Biberratte haben wir den sogenannten Elterntierschutz mit einer Ausnahmeregelung aufgeweicht. Die Nutria richtet beispielsweise große Schäden an unseren Deichanlagen und den Uferbereichen unserer Flüsse an, ihre Population in Niedersachsen ist laut der Landwirtschaftskammer zwischen 2013 und 2016 von 4.000 auf 24.000 Tiere angestiegen. Darüber hinaus ermöglicht das neue Jagdgesetz ab Dezember nun auch in Niedersachsen wieder das Schießen mit Schalldämpfern. Die von der FDP geforderte Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht ist billiger Populismus. Bei der Regulierung der Wolfspopulation gibt es schlichtweg keine einfachen Antworten. Es bringt nichts, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, obwohl er nach europäischem Recht streng geschützt ist. Wir brauchen eine konstruktive Lösung auf Bundes- und EU-Ebene. Deshalb unterstütze ich die Bundesratsinitiative unseres Umweltministers Olaf Lies.

Sicherheit im Rad- und Fußverkehr

Auf Basis eines Antrages von den Grünen haben SPD und CDU am Mittwoch auch einen Entschließungsantrag zur Herstellung von mehr Sicherheit im Rad- und Fußverkehr durchgesetzt. Da seit 2011 deutlich mehr Fußgänger und Radfahrer in Verkehrsunfälle mit zum Teil schweren Verletzungen verbunden sind, ist der Antrag besonders von Bedeutung. Egal ob Überforderung, Ablenkungen oder Fehleinschätzungen – dies alles sind Faktoren, die binnen von Sekunden zu Unfällen, Verletzungen und Todesfällen führen können. Häufig sind auch Lkw, trotz einer Vielzahl an Spiegeln etc., in die Unfälle involviert. Hier ist das Risiko nicht nur auf Autobahnen sehr

groß, sondern vor allem auch beim Abbiegen. Deshalb haben wir nun beschlossen, dass wir uns als Niedersächsische Landesregierung auf der Bundesebene dafür einsetzen, schrittweise warnende und bremsende Abbiegesysteme für Nutzfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t vorzuschreiben. Eine Nachrüstung für Bestandsfahrzeuge würden wir gerne mit geeigneten Anreizen fördern. Außerdem wollen wir in der Bevölkerung stärker für die Gefahren von rechtsabbiegenden Nutzfahrzeugen sensibilisieren und prüfen, ob zum Beispiel durch vorgezogene Haltelinien, getrennte Ampelschaltungen und andere verkehrstechnische Maßnahmen die Sicherheit von Fahrradfahrern und Fußgängern weiter verbessert werden kann. Ebenso wollen wir informationstechnische Vorhaben für intelligente Transportsysteme fördern, um schlimme Unfälle, bei denen Radfahrer und Fußgänger zu Schaden kommen, in Zukunft verhindern zu können.

Förderung der digitalen Landwirtschaft

Gerne möchten SPD und CDU die Digitalisierung der Landwirtschaft in Niedersachsen weiter vorantreiben. Deshalb haben wir einen Entschließungsantrag in die erste Beratung eingebracht, durch den es Landwirten und auch Systemanbietern ermöglicht werden soll, kostenfrei satellitenbasierte Korrekturdienste (RTK-Signal) zu nutzen. Mittels dieser Dienste können GPS-Lensysteme für landwirtschaftliche Fahrzeuge in Echtzeit mit einer Toleranz von nur 2 cm manövriert werden, wofür die Genauigkeit der GPS-Daten nicht ausreicht. Bisher unterliegt die Nutzung einer Gebührenordnung, die wir gerne abschaffen wollen, um die Digitalisierung zu fördern.